

NEU: JETZT AUCH ALS GESCHENK-ABO

..... die gute Geschenkidee



ABONNIERT DAS FRIEDENSINFO - HELFT DER FRIEDENSARBEIT

----- schnipp--schnapp--ab -----

Vier Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben

☐ Ich schenke ein Abo für 10,- DM an :

Adresse : Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

Eine schöne Geschenkkarte wird im ersten Friedensinfo mitgeschickt.

☐ Ich überweise monatlich DM Spende für die Unterstützung der Friedensarbeit.

☐ Ich überweise eine einmalige Spende von DM

Absender: Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

----- schnipp--schnapp--ab -----

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, Kto 101 35 91, BLZ 560 614 72
Postcheckkonto Ffm, Sonderkonto Hilde Engelmann, Kto 44 1898-603

Telefon des Friedensbüro: 06762-6075 (Beate und Barbara)

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

Friedens - Informationen

Nr. 29 November 1987

Preis: 0,50 DM

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



Waldspaziergang gegen das Pershing-Manöver im Hunsrück



Die sowjetische und amerikanische Flagge, verbunden mit einer Friedenstaube, trugen Mitglieder der Hunsrücker Friedensbewegung als Symbol der Abrüstungshoffnung in die Pershing-Stellung.

Fotos: W. Bartels

IMPRESSUM: Informationen der F.I.
Rhein-Hunsrück-Mosel

V.i.S.d.P. Reinhard Sczech
Horst Petry

Waldspaziergang gegen das Pershing-Manöver im Hunsrück

Es war schon fast dunkel im Wald. Mitglieder der Hunsrücker Friedensbewegung hatten sich spontan am Friedhof in Schwarzen getroffen. Gemeinsam gingen sie nun über die Waldwege. Oben im Wald - das hatte sich blitzschnell herumgesprochen - hatten amerikanische Soldaten eine Manöverstellung mit abschußbereiten PERSHING-II-Raketen aufgebaut. An der Spitze des Zuges ging Benno vom Vierthaler Friedensstammtisch. Er hatte zwei riesige Fahnen, eine sowjetische und eine amerikanische, zusammengenäht und mit einer Friedenstaube verbunden. Gewissermaßen als Symbol der Abrüstungshoffnungen sollte diese Doppelfahne in die Raketenstellung getragen werden.

"Carbon Archer" - unter diesem Code-Wort lief in den vergangenen Tagen das größte PERSHING-Manöver ab, das es je in der Bundesrepublik gegeben hat. Wie zum Hohn auf das unterzeichnungsreife Abrüstungsabkommen waren 4000 Soldaten, 1500 Fahrzeuge und zehn Hubschrauber mit über 80 PERSHING-II-Raketen aus Neu-Ulm, Mutlangen und Heilbronn unterwegs, um das "Herstellen einer schnellen Feuerbereitschaft" zu üben. Aus ihren Stationierungsorten wurden die PERSHING-Raketen bei Philippsburg und Ludwigshafen über den Rheingebracht, um anschließend im Pfälzer Wald und im Hunsrück Einsatzstellungen zu beziehen.

Der Stellvertretende Kommandeur des 56. PERSHING-Feldartilleriekommandos, Oberst Randall Anderson, verkündete, das Ziel des Manövers sei es, eine "gute Kampfbereitschaft zu erhalten". Auf die gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen angesprochen, erklärte er, die PERSHING-Einheiten müßten ihren Auftrag erfüllen, so lange es keine anderen Anweisungen gebe. Zur Moral der Soldaten angesichts des geplanten Abzugs der Raketen meinte der US-Oberst: "Wir tun alles, um die Soldaten weiter zu motivieren."

Schon auf der Fahrt in die Stellungen war es zu mehreren Unfällen gekommen. Bei Neuheimsbach (Landkreis Kaiserslautern) kippte auf einem aufgeweichten Waldweg eine PERSHING-Lafette um - es blieb glücklicherweise bei einem Sachschaden von über 100 000 DM. Auf den Gefällstrecken der Hunsrückhöhenstraße konnte beobachtet werden, wie heißgelaufene Bremsen an PERSHING-Transportern mit Wasser aus einem vorbeifließenden Bach gekühlt wurden.

Immer wieder versicherten die verantwortlichen US-Offiziere, es würde nur mit PERSHING-Attrappen geübt, die Raketen trügen "Übungsgefechtsköpfe" aus Beton. Die Wahrheit wurde verschwiegen: "PERSHING-Attrappen" sind nichts anderes als mit hochbrisantem Treibstoff gefüllte, abschußbereite PERSHING-Raketen, auf die lediglich der Atomsprengkopf noch nicht montiert ist. Gerät eine solche "Attrappe" in Brand, kann mit herkömmlichen Mitteln nicht gelöscht werden. Die Feuerwehren haben in einem solchen Fall die Weisung, den Abbrand der Rakete abzuwarten. Und noch etwas wurde verschwiegen: Um die Übung so einsatzgerecht wie möglich zu gestalten wurden die zu den PERSHING-Raketen gehörenden Atomsprengköpfe mit Hubschraubern und Lastwagen zu Munitionsdepots in die Nähe der Einsatzstellungen transportiert.

Auf der Manöverroute hatte es schon einige Blockaden und Stellungsbesuche von Leuten der örtlichen Friedensbewegung gegeben. Und nun hatten die PERSHING-Soldaten drei Stellungen auf dem Hunsrück, bei Horath, bei Gonzerath und bei Schwarzen, aufgeschlagen, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Atombomberflugplatz Hahn und zur

Marschflugkörperstellung Hasselbach. Zur Stellung im Wald bei Schwarzen waren die Hunsrücker Friedensfreunde jetzt unterwegs. Ein über den Weg gelegter Ast und das Schild "Militärischer Sicherheitsbereich" stoppten den Zug schon bald. Zwischen den Bäumen kamen bewaffnete US-Soldaten hervor und forderten unmißverständlich auf stehenzubleiben. Kurz darauf trafen deutsche Polizeibeamte ein, und die Verhandlungen begannen. Die Polizei war der Meinung, der Weg sei kein militärischer Sicherheitsbereich, die Amerikaner bestanden auf dem Gegenteil. Wir sollten warten, bis die Feldjäger von der Bundeswehr kommen, die wüßten Bescheid, hieß es. Die Feldjäger kamen nicht, aber dann durften wir schließlich doch passieren mit der eindringlichen Mahnung im Ohr, ja nur nicht den Weg zu verlassen. An einer Wegkreuzung blieb der Zug stehen. Links und rechts im Wald konnte man die PERSHING-Raketen unter Tarnnetzen erkennen. Die Friedensleute wurden von US-Soldaten mit Maschinengewehren umringt. Eine ältere Frau stimmte das Lied "We Shall Overcome" an. Einige versuchten, mit den Soldaten ins Gespräch zu kommen. Zunächst blieben diese mit unbewegtem Gesicht stehen und taten so, als ob sie nichts hörten. Als dann doch einige Soldaten antworteten, wurden sie vom Commander zurückgepfiffen. Redeverbot - und das für Soldaten, die doch angeblich das "freieste Land der Welt" verteidigten. Einer antwortete schließlich auf die Frage, was er beim Hantieren mit Atomwaffen, die ganz Europa auslöschen können, empfinde: "Ich mache nur meinen Job."

Plötzlich kam von der Polizei der Hinweis, der Weg sei doch militärischer Sicherheitsbereich. Wir müßten die Stellung nun wieder verlassen. Später sagte einer der Friedensfreunde: "Wenn die im Einsatzfall auch so einen Kompetenzwirrwarr haben, dann muß man ja das Schlimmste befürchten." Lange wurde auf dem Rückweg noch über die Aktion gesprochen. Hatte man wenigstens einige Soldaten zum Nachdenken gebracht? Auf jeden Fall haben sie gesehen, daß Manöver mit Atomraketen nicht routinemäßig und reibungslos durchgeführt werden können. So lange die Atomraketen nicht verschrottet sind, wird die Friedensbewegung wachsam bleiben.

Wolfgang Bärtels

1987 wieder mehr Kriegsdienstverweigerer

Bis zum Oktober dieses Jahres haben rund 50 000 junge Männer Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Das sind 6,6% mehr als im Vorjahr. Derzeit leisten etwa 75 000 Kriegsdienstgegner Zivildienst in sozialen Einrichtungen.

Erfolgreiche Gruselbeobachtung am 5. November

Durch intensives Beobachten des Stationierungsgeländes (auf das Auto steigen und mit dem Fernglas über die Mauer schauen), gelang es, eine Ausfahrt eines Cruise-Missile-Konvois abzupassen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Rechtzeitig konnten ein paar Leute alarmiert werden. Auch die Presse wurde auf Trab gebracht. Leider gelang es dem SWF-Mainz nicht, ein Filmteam für diesen Zeitpunkt zu bekommen, sonst wären die Aufnahmen sogar evtl. in der Tagesschau gekommen. Drei von uns fuhren dem Konvoi in einem PKW nach: - über Kappel, an Kirchberg vorbei auf die B 50, an Simmern vorbei bis auf die A 61 und schließlich bis Kirchheim-Bolanden. Auf der gesamten Strecke wurde nur eine Ortschaft durchfahren, nämlich Argenthal. Kirchheim Bolanden wurde gestreift. Kurz vor Kirchheim Bolanden wurden wir von der Polizei herausgewunken: Führerschein, Fahrzeugpapiere, Warndreieck usw... Die zehn Minuten reichten gut aus, um den Konvoi wieder zu verlieren. Wir fuhren dann einfach ein Stück durch die Gegend - über Kriegsfeld und andere Dörfer und kamen dabei an erschreckend vielen Militäreinrichtungen vorbei; -nicht nur der Hunsrück erstreckt an Militär. Ein Fahrzeug der US-Army kam aus einem Waldweg heraus und wir verstanden dieses wie einen Wink des Himmels. Tatsächlich entdeckten wir dann im Wald gleich bei Kirchheim-Bolanden -Haide die Begleit- und Werferfahrzeuge, die bereits zum großen Teil unter Tarnnetzen verschwanden. Wir konnten recht nah an die Werferfahrzeuge heran und waren überrascht, wie gelassen die Soldaten auf uns reagierten. Es dauerte eine kurze Weile, bis der Commander kam, -übrigens ein Soldat einer Pershing-Einheit; und uns empfahl, doch einen anderen Weg für unseren Spaziergang zu benutzen.

In Kirchheim-Bolanden benachrichtigten wir die lokale FI, die Grünen und auch die lokale Presse. Der Linksrheinische Rundfunk machte mit uns ein Telefoninterview und sogar der SWF tauchte auf, konnte aber leider nur noch Tarnnetze im Wald aufnehmen.. Die Stellung, die noch zwei Tage zuvor von einer Pershing-Einheit benutzt worden war, bekam dann immer wieder Besuch von "Waldspaziergängern". Nach zwei Tagen verließ der Konvoi das Gelände bei Ki-Bolande und benutzte eine weitere "Pershing-Stellung" in der Nähe. Der Konvoi kam am Dienstag zurück zum Stationierungsgelände, wieder begleitet und dieses mal auch gefilmt von einem finnischen Fernsteam und auch dem SWF. An der Straße waren an verschiedenen Stellen Leute, die mit Transparenten deutlich machten, daß sie mit dem, was da geschieht, nicht einverstanden sind.

Hinweise auf eine bevorstehende Ausfahrt:

- vor den Bunkereinfahrten sind zeitweilig Werfer- und andere Konvoi-fahrzeuge zu sehen, welche beladen werden mit Seesäcken u.a.
- immer wieder fahren Konvoi-Fahrzeuge über das Gelände.
- vor und neben den Bunkereinfahrten sind Konvoi-fahrzeuge geparkt (zum Teil nur erkennbar an den viereckigen Aufsätzen.)
- etwa eine halbe Stunde vor der Ausfahrt fahren mehrerer Polizei-beamte auf Motorrädern ein, aus Mainz kommend

Einladung:

jede/r die/der immer mal wieder am Gelände vorbeifährt könnte kurz anhalten, aufs Auto steigen (Schwergewichtiger nehmen besser einen starken Baum) und über die Mauer schauen (am besten mit Fernglas). Anschließend könnte er oder sie im Friedensbüro das Gesehene durchgeben.

Beate

FRIEDENSSTAMMTISCH KASTELLAUN

Für die folgenden Veranstaltungen im Oktober und November laden wir herzlich ein:

Montag, 23. November 1987, 20.00 Uhr, Schloßhotel Kastellaun
AMERIKA EINMAL GANZ ANDERS

Jutta und August Dahl waren in Amerika. Leser des HUNS RÜCK FORUMS konnten schon einen ersten kleinen Einblick in die vielfältigen Erlebnisse zwischen engagierter Friedensbewegung und Rüstungsmaschinerie gewinnen. An diesem Abend werden Jutta und August mit vielen Fotos über die Erlebnisse im Land von Ronald Reagan und Martin Luther King berichten.

Montag, 30. November 1987, 20.00 Uhr, Schloßhotel Kastellaun
SCHLUSSREDAKTION PREISAUSSCHREIBEN

Am 8. Dezember reist Michail Gorbatschow zur Unterzeichnung eines Abrüstungsabkommens in die USA. Die Cruise Missiles im Hunsrück sollen verschrottet werden. Was geschieht mit der Raketenstation Hasselbach? Wie kann das Gelände sinnvoll für zivile Zwecke genutzt werden? Der Kastellauner Friedensstammtisch will sich an die Bevölkerung wenden: In einem Preisausschreiben werden Ideen für die künftige Nutzung gesucht.

Montag, 7. Dezember 1987, 20.00 Uhr, Schloßhotel Kastellaun
HUNS RÜCK. BILDER AUS DEM RAKETENLAND

Werner Wanger hat die Cruise Missiles bei der Rückkehr von einem Manöver nach Hasselbach am 10. November fotografiert. Die Dias werden gezeigt. Wer noch interessante Dias oder Fotos in den vergangenen Monaten gemacht, bitte mitbringen.

Vertreten waren die Stammtische Kirchberg, Kastellaun, Boppard, Emmelshausen und der ökumenische Arbeitskreis.

Axel berichtete über die Stellungsbesuche in Gonzerath, Horath und Schwarzen beim Pershing II Manöver, sowie bei den cruise missiles in Kirchheimbolanden. Werner teilte mit, daß bei der Rückkehr der cruise missiles ein finnisches Filmteam zufällig anwesend war und die Einfahrt filmte. Der Südwestfunk kam leider zu spät, hat aber unterwegs auf der Autobahn Aufnahmen gemacht.

Der Stammtisch Kirchberg kritisierte die Verschickung des "Friedens Info" Sonderheftes (Protokoll der Vollversammlung in Bell) als Geldverschwendung. Das Protokoll hätte nach Meinung der Kirchberger mit dem regulären Info verschickt werden können. Axel wies darauf hin, daß das Sonderheft möglichst frühzeitig herausgebracht werden mußte, um den Prozeßtermin von Horst Petry rechtzeitig bekannt zu geben. Horst war wegen seinem Artikel über die VoBo-Initiative im "Hunsrück Forum" Nr. 16 angeklagt und ist zu 60 Tagessätzen zu 20 DM verurteilt worden. Begründung: Aufruf zur Begehung einer Straftat.

Ralf teilte mit, daß die meisten Leute vom Kirchberger Stammtisch sich verpflichtet haben, eine gewisse Anzahl "Friedens Infos" und "Hunsrück Foren" zum Weiterverkauf zu übernehmen. Er regte außerdem an, die Delegierten sollten künftig die "Friedens Infos" für die Leute, die zu ihrem Stammtisch kommen, mitnehmen, um Porto einzusparen.

Die Bopparder wollen ein Flugblatt machen, in dem auf die vielen Militäreinrichtungen hingewiesen werden soll, die auch nach einem eventuellen Mittelstreckenabkommen noch im Hunsrück verbleiben. Damit soll den Leuten entgegengetreten werden, die von uns erwarten, daß wir jetzt endlich Ruhe geben, wo doch nun abgerüstet wird (oder die USA und die UdSSR zumindest versuchen, diesen Anschein zu erwecken). Werner erwähnte in diesem Zusammenhang die geplante militärische "Zusammenarbeit" von BRD und Frankreich.

Ralf stellte die "Briefaktion von Mensch zu Mensch" vor und bat darum, die Aktion vom Hunsrück aus zu unterstützen. Das

Flugblatt soll im "Friedens Info" veröffentlicht werden. (5.12.87)

Einhellige Zustimmung fand Barbaras Idee mit den Mappen für die Stammtische. Auf diese Weise wird der Informationsfluß vom Büro zu den einzelnen Stammtischen wesentlich verbessert werden (falls die Mappen nicht bei den Delegierten zu Hause verstauben).

Protokoll: Axel

VERLEGUNG VON B-52 BOMBERN NACH RAMSTEIN

Am 23. Oktober haben die Amerikanischen Militärs drei B-52 Langstreckenbomber nach Ramstein in der Pfalz verlegt. B-52 Bomber sind mit einer Reichweite von über 5500 Kilometern eindeutig "strategische" Waffen und wahre Ungetüme.

Als "strategische Waffen" gelten im Atomzeitalter solche Waffen, mit denen sich die Großmächte direkt angreifen und vernichten können - also Interkontinentalwaffen. Dazu gehören neben den Fernbomben noch die Interkontinentalraketen und die U-Boot-Raketen.

Der Typ B-52H ist seit 1985 in der Lage, bis zu zwanzig luftgestützte Cruise Missiles unter den Tragflügeln aufzunehmen. Die Verlegung dieser Bomber nach Ramstein in der Pfalz wirft schwerwiegende Fragen auf:

Soll schon jetzt ein mögliches Abkommen zur Verschrottung der Cruise Missiles und Pershings unterlaufen werden?

Werden die Cruise Missiles einfach umgebaut und von Hasselbach nach Amerika und dann nach Ramstein geschafft?

Seit 1975 wurden die Mannschaften von B-52 Bomber des obersten amerikanischen Luftkommandos auch zur Meeresüberwachung und zum Auslegen akustischer und magnetischer Minen vorbereitet. Werden mit den B-52 Bombern von deutschem Boden Einsätze im Persischen Golf gegen den Iran vorbereitet?

In der amerikanischen Militärzeitung Zeitung "STARS AND STRIPES" wird behauptet, die B-52 Bomber sollen nur der NATO demonstrieren, welche Fähigkeiten sie in Europa für die "konventionelle" Kriegsführung haben.

In Schreiben an Verteidigungsminister Wörner und Ministerpräsident Bernhard Vogel haben wir gegen die Verlegung der B-52 Bomber nach Rheinland-Pfalz protestiert und deren sofortigen Abzug gefordert.

Ausbau der Hunsrück-Bahn dient der Militarisierung

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten der GRÜNEN, Horst Steffny, geht hervor, daß der Ausbau der Hunsrück-Bahn zwischen Simmern und Hermeskeil militärischen Zwecken dient. So heißt es in dem Antwortschreiben wörtlich:

"Die Baumaßnahmen an dem vorhandenen Gleiskörper sollen eine Höchstgeschwindigkeit bis zu 50 km/h ermöglichen. Zur Abwicklung militärischer Gütertransporte werden bei Hochscheid ein Anschlußgleis, eine Laderampe, eine Parkspur sowie eine Zufahrtsstraße zur B 327 gebaut."

Wie weiter aus der Antwort hervorgeht, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung mal wieder keine Einwendungen gegen diese Maßnahme erhoben. Die Ausbaurkosten, die sich auf einen Fünf-Jahreszeitraum bis 1990 erstrecken, betragen rund 10 Mio. DM. Beahlt wird das ganze vom Bund und der Bundesbahn, also dem deutschen Steuerzahler.

Axel Weirich

Seit Januar 1987 besteht die Möglichkeit, Tagessätze bei einer gemeinnützigen Einrichtung abzuleisten. Eine BlockiererIn beispielsweise arbeitet zur Zeit ihre Tagessätze beim Martin-Niemöller-Friedenszentrum in Berlin ab - Friedensarbeit fürs Friedensengagement. Eine Möglichkeit nicht nur für Blockierer, sondern vor allem auch für Leute, die wegen ihrem Volkszählungsboykott nicht in den Knast gehen wollen. Wer Zahlungsunfähigkeit glaubhaft machen kann, kann auf den Gerichtsbeschuß hin beim Gericht beantragen, die Strafe bei einer bestimmten gemeinnützigen Einrichtung durch Arbeit ableisten zu können. Dies wäre zum Beispiel eine Möglichkeit für den "Knotenpunkt", wenn er als gemeinnützig anerkannt ist. Auch für andere Friedensarbeitseinrichtungen wäre dies eine Möglichkeit, um die ständige Überlastung durch Personalknappheit abzubauen. Sehr viel inhaltliche und praktische Arbeit wartet beispielsweise in der gemeinnützigen "Ideenwerkstatt - Förderkreis für Verständigungsarbeit e.V." in 7794 Wald auf engagierte Leute, die sich für die Dauer ihrer Tagessätze mit einem sehr einfachen Lebensstil anfreunden können...

Freisprüche für Blockierer aufgehoben

Koblenz: Das Oberlandesgericht Koblenz hat die Freisprüche des Landgerichts Bad Kreuznach für Teilnehmer von Blockaden vor Atomwaffenstandorten aufgehoben. Vom Amtsgericht Simmern waren Teilnehmer der zweitägigen Blockade des Hasselbacher Marschflugkörper-Stellung im November 1986 zu hohen Geldstrafen verurteilt worden; das Landgericht Bad Kreuznach hatte in der Berufung die Angeklagten vom Vorwurf der Nötigung freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft war daraufhin in Revision gegangen. Das Koblenzer Oberlandesgericht hob nun diese Freisprüche auf; zur Entscheidung über das Strafmaß wurde das Verfahren an das Landgericht Mainz verwiesen.

Vor dem Koblenzer Oberlandesgericht waren die Studenten Bernward Hellmanns und Detlef Beck sowie der Planungsingenieur Miloslaus Vyzina als erste in der anstehenden Prozeß-Serie geladen. Bisher war das Verfahren gegen Pfarrer Dahl, Marlies-Bauer-Karl und andere führend gewesen. Verteidiger von Marlies Bauer-Karl ist der Strafrechtler Prof. Grünwald aus Bonn, der für das Bundesverfassungsgericht Gutachten erstellt hatte, in denen die Strafbarkeit von Sitzblockaden verneint wird. Mit der Änderung der Prozeß-Reihenfolge wollte man in Koblenz offenbar vermeiden, schon im ersten - und damit besonders beachteten - Verfahren, mit einem profilierten Juristen wie Prof. Grünwald konfrontiert zu sein.

Das Landgericht Bad Kreuznach hatte die Angeklagten freigesprochen, weil es in Demonstrationen wie Sitzblockaden "ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie" sah, das geeignet sei, "den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren". Die Sitzblockade sei Teil des politischen Willensbildungsprozesses gewesen. Daher sei die Aktion nicht strafwürdig. Dieses Urteil wurde nun in Koblenz aufgehoben, und die Angeklagten wurden der gemeinschaftlich begangenen "gewaltsamen und verwerflichen Nötigung" für schuldig befunden.

Das Koblenzer Oberlandesgericht steht mit diesem Urteil im Gegensatz zu den Oberlandesgerichten Zweibrücken, Köln und Düsseldorf, die in ähnlichen Fällen Sitzblockierer freigesprochen hatten, weil ihre Motive als achtenswert mitberücksichtigt werden mußten. Diese sogenannten "Fernziele" wurden von den Koblenzer Richtern von der Betrachtung ausgeschlossen, obwohl das Bundesverfassungsgericht diese Möglichkeit durchaus zugelassen hat.

Der Angeklagte Beck verwies vor dem Oberlandesgericht darauf, daß in Hasselbach mit Massenvernichtungswaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit vorbereitet werde. Und er fragte: "Wo sind da die Richter?" Nach dem Urteilsspruch wirkten die Angeklagten und die vielen Zuschauer bedrückt, aber überall hieß es: "Wir lassen uns durch dieses Urteil nicht entmutigen."

Eine Sprecherin der Hunsrücker Friedensinitiative erklärte zu dem Urteil: "Das Oberlandesgericht Koblenz bleibt damit weit hinter vergleichbaren Urteilen aus Zweibrücken, Köln und Düsseldorf zurück. Gerade jetzt, da ein Abkommen über die Verschrottung der Mittelstreckenraketen greifbar ist, wirkt die Verfolgung von Menschen, die sich für den Abzug der Raketen eingesetzt haben, besonders absurd. Die Friedensbewegung wird sich durch dieses Urteil nicht einschüchtern lassen".

Wolfgang Bartels

IM NAMEN DES VOLKES : " S C H U L D I G "

Die letzten Wochen gingen stark an die Nerven, angesichts der traurigen Vorgänge um die Blockadeprozesse und andere Widerwärtigkeiten.

Das Oberlandesgericht in Koblenz hat alle Freisprüche des Landgerichtes in Bad Kreuznach aufgehoben. Die Art in der das geschieht zeigt klar, es geht nicht um Rechtsfindung, sondern das Gericht steht "rechts" und urteilt ab. In der Gesetzesmaschinerie dürfte es weitgehend ausgeschlossen sein Gehör zu finden. Aber mal ehrlich - durften wir damit rechnen, die Gerichte würden sich anders verhalten? Der Freispruch des Landgerichts Bad Kreuznach war ein Betriebsunfall, der schnell und gründlich korrigiert wird.

Die Verurteilung von Horst für den Artikel im HUNSRÜCK-FORUM empfinde ich als schallende Ohrfeige für die Pressefreiheit und einen Akt der gemeinen Hinterhältigkeit: Große Blätter wie den SPIEGEL, der entsprechendes abgedruckt hat, läßt der Staatsanwalt in Ruhe. Er weiß warum. Wie sagte schon vor zwei Jahren Oberstaatsanwalt Karl-Heinz Wippermann aus Koblenz: "Bei uns ist es so, daß der Staat und seine Gesetze eine gewisse Gewichtung haben."

So isses. Hausdurchsuchungen und andere zwielichtige Verfahren der Staatsanwaltschaft will ich gar nicht erst erwähnen.

Ich kann mir nicht helfen, ich fühle einige schmutzige Ungereimtheiten des Kieler "Waterkantgate" wesensverwandt in unserer unmittelbaren Umgebung. Als "unerhörten Vorgang" bewertete die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen daß Barschel sich Aktenkopien anfertigen durfte, während Björn Engholm Akteneinsicht verweigert wurde. Wie skandalös Staatsanwaltschaft und Regierung Hand in Hand arbeiteten zeigt auch die Tatsache, das wochenlang gegen Barschel kein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde.

Während in Kiel ein Skandal nach dem anderen aufgedeckt wird, wie bestellt, plötzlicher Szenenwechsel: Zwei Polizistenmorde an der Startbahn West in Frankfurt. Trauer und Bestürzung. Darüber können wir nicht hinweggehen.

Der "schwarze Block" aus Bayern reagierte am schnellsten. Das breite Grinsen von Friedrich Zimmermann gestern auf der Pressekonferenz - die FDP war gerade in Sachen "schärfere Gesetze" umgefallen - sprach Bände.

Aufgeputscht durch sensationslüsterne Medien, gerade richtig passend nach Kiel, fordert die breite Masse verschärfte Gesetze. Das schwierige an der Situation: Wir müssen uns mit beiden Seiten auseinandersetzen: Dem schwarzen Block rechts und dem autonom schwarzen Block links.

Dabei hat die Friedensbewegung schon bewiesen wie man Dinge verändern kann: Mit viel Kleinarbeit, klarer Offenheit und einem langen Atem. Die Friedensbewegung muß auch weiterhin zeigen, wie man friedlich und gewaltfrei, aber entschieden und mächtig demonstriert.

Reinhard Sczech

Termine der Blockadeprozesse in Simmern / Bad Kreuznach und Koblenz

- 23.11. 9.30 Uhr in Koblenz:
Marlies und Herbert Schwanke, Oberhausen.
- 23.11. 14.00 Uhr in Bad Kreuznach:
Susanne und Hanna Ruth, Michael Etges,
alle aus Oberhausen
- 23.11. 14.00 ^{Simmern}
Richard und Bernadette Ackva, Weilburg;
Jürgen Neitzert, Mö-Gladb.; Manfred
Weschke, Friedberg
- 25.11. 10.00 Uhr in Simmern:
Harald Scholl, Gau Heppenh.; Röntz, Köln;
Herting, Rosemarie, Köln
- 30.11. 9.30 ^{Simmern}
Barbara Neßling, Gödenroth; Linda Wul-
fert, Köln; von Dallwitz(?); Christine
Feldmann
2. 12. 9.30 in Simmern:
Sus. Roßbach, Köln; Brig. Kugler. Köln;
Ulla Eberhard, Köln; Gertrud Schilling,
Schotten; Roland Vogt, Bad Dürkheim (bd.
GRÜNE Bundestagsabgeordnete) und Sabine
..... (Nachnahme und Ort unbekannt).
- 7.12. 14.00 Uhr in Simmern:
Margret Ullrich und Doris Siegel, bd.
Dortmund
- 9.12. 10.00 Uhr in Simmern:
Holger Besier, Karlsruhe; Ulla Krönig,
Büchenbeuren; Schneider (?); Arnold
Willibald, Ludwigshafen
- 16.12. 9.30 Uhr in Simmern
Thomas Brieden, Köln; Nick (?) u.a.
- 21.12. 9.30 Uhr in Simmern : Claudia Brück, Göden
roth

Voraussichtlich werden bis zum Ende des Jahres auch weiter Prozesse in Bad Kreuznach und Koblenz stattfinden. Im Friedensbüro kann nachgefragt werden.

- PRESSEMITTEILUNG -

Am Mittwoch, dem 11. November, wurde vom Amtsgericht Simmern der Redakteur des "HUNSRÜCK-FORUMs", Horst Petry, wegen "Aufruf zu einer strafbaren Handlung" zu 1.200,-- DM Geldstrafe (ersatzweise 60 Tage Haft) verurteilt. Er hatte in der April-Nummer der Zeitschrift einen informativen Bericht über die Gründung einer Volkszählungsboykott-Initiative geschrieben und u.a. darüber berichtet, daß die Initiative zur Unkenntlichmachung der Fragebögen aufruft.

Das Gericht war der Auffassung, der Redakteur habe in seinem Bericht nicht über die Meinung Dritter informiert, sondern seine eigene Meinung wiedergegeben, was sich aus der "aufreißerischen Aufmachung" des Artikels ergebe.

Horst Petry konnte während des Prozesses auf mehrere Ausgaben des "Spiegel" verweisen, die in ähnlicher Aufmachung über den Volkszählungsboykott berichtet hatten.

Das Simmerner Urteil ist ein massiver Eingriff in die Pressefreiheit. Ein unbequemes Organ der Friedensbewegung, gegen das schon mehrfach - ohne Erfolg - staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, soll offenbar mit diesem Urteil geknackt werden. Wenn es in Zukunft nicht mehr möglich sein sollte, über unbequeme Sachverhalte, Meinungen und Initiativen zu berichten, wäre dies das Ende der Pressefreiheit.

Die Redaktion des "HUNSRÜCK-FORUM" wird solche Einschränkungen demokratischen Rechts nicht hinnehmen. Wir weigern uns, mit der Schere im Kopf zu arbeiten. Auch in Zukunft werden demokratische Initiativen ihren Platz in unserer Zeitschrift finden. Den Maulkorb von Herrn Amtsrichter Göttgen nehmen wir nicht an. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Wir bitten um Unterstützung bei der Verteidigung der Pressefreiheit in unserem Lande.

Redaktion HUNSRÜCK-FORUM

Süwestfunk 1. u. 3. Programm Landesschau Rheinland-Pfalz am 24.9.'87

"Es kommt in der Wirkung einer Zensur doch sehr nahe, denn Medien-Organen, die unter dem Damokles-Schwert von Ermittlungsverfahren stehen, würden ja dann von vornherein die Schere im eigenen Kopf zur Anwendung bringen und sich entsprechende Zurückhaltung auferlegen."

Reif Groß, Presserechter in Rheinland-Pfalz, zur Vorgehensweise der Justiz gegen das HUNSRÜCK-FORUM

Solidaritätskonto: Uwe Dierking, Kreissparkasse Rhein-Hunsrück, BLZ 560 51790

Kto. Nr. 117 511 808 in 6540 Simmern (Kennwort Pressefreiheit)

Friedensbewegung rekultiviert Militärflächen

Oft wird der Friedensbewegung unterstellt, sie sei nur eine Protestbewegung, sie sei nur "Anti", sie sei nur gegen etwas, nicht für etwas.

Im Hunsrück wurde jetzt das Gegenteil gezeigt: Ausgerüstet mit Gartengerät, Grassamen und jungen Bäumen besetzten Mitglieder der Friedensbewegung ein riesiges Baugelände. 13 Hektar Wiesenfläche wurden bei Sohren umgepflügt und plantiert. Hier soll eine neue US-Wohnsiedlung mit 287 Wohneinheiten entstehen. Trotz der Abrüstungsgespräche sollen zusätzliche US-Soldaten in Rheinland-Pfalz stationiert werden. Rund 5000 neue Wohnungen sollen für sie gebaut werden: in Baumholder, Kaiserslautern, Bitburg, Mainz, Kirchberg, Kastellaun, Simmern und eben auch in Sohren.

Doch was geschieht mit diesen Housings, wenn abgerüstet wird? Genau auf diese Frage wollte die "Rekultivierungs-Aktion" aufmerksam machen. "Keine Raketen - keine Soldaten - keine Housings" - so wurde es mit riesigen Buchstaben auf die geplante Erde gemalt. In einer kurzen Ansprache erklärte Benno Kisters von der Hunsrücker Friedensinitiative:

"Wir wollen dem US-Senat beim Einsparen helfen. Hier in Sohren wurde die Erde für Soldatenunterkünfte bereits abgetragen und aufgewühlt. Damit keine zusätzlichen Kosten für Rekultivierungsmaßnahmen entstehen, erklärt sich die Hunsrücker Friedensinitiative bereit, das zerstörte Land in seinen ursprünglichen Zustand zurückzusetzen. Wir wollen diese Bereitschaft heute dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir die Fläche mit Gras und Getreide einsäen."

Abrüstung und Rekultivierung der vom Militär genutzten Flächen - das ist gewiß keine schlechte Idee. Wenigstens ein sofortiger Baustop wäre angebracht.

Wolfgang Bartels



Nur wer sie kennt,
weiß dies
zu schätzen.

Benno und Axel bei gemeinsamer
Arbeit in Sohren!



Schwerter zu

Pflugscharen - - -

... das soll kein Spruch bleiben ! Darum haben in den letzten Monaten/Jahren einige von uns immer wieder sich und andere gefragt, wie "Rüstungskonversion" denn konkret hier im Hunsrück aussehen könnte/müßte. Ca. 12 % der Arbeitsplätze sind bei BuWe und US-Army/Air Force, dazu kommen alle, die indirekt einen größeren oder kleineren Teil des Familieneinkommens vom Militär haben: Manche haben sich dafür extra Häuschen bauen lassen, um zu verdienen. Insgesamt wird die Abhängigkeit im Hunsrück von Statistikern auf annähernd 40 % geschätzt. Trotzdem und deswegen (!) haben wir hier Sommer/Winter-Arbeits-

losenquoten von 10,5 %/ 14 - 15,8 %.D.H.:Es gibt hier sonst nix zu verdienen. Wir haben in unserer FI das seltene Glück (!s kostet immer wieder Müh !), über alle Gruppierungsprofilierungsversuche (tolles Wort !?), also überparteilich miteinander reden und arbeiten zu können/wollen. Um die anstehenden Strukturanalysen machen zu können und dann gut fundierte Zukunftsperspektiven aufzeigen zu können, wie Frau/Mann im Hunsrück auch andere als militärische Arbeit suchen/finden kann, reicht unser laienhafter Sachverstand auf Dauer wohl nicht aus. Darum gibt es erste informelle Kontakte zu einer überparteilichen Stiftung; wir wollen versuchen, einen wissenschaftlichen MitarbeiterIn hierher in den Hunsrück zu locken, um mit uns gemeinsam an dieser Frage zu arbeiten, damit wir dann ein Konzept mit Hand und Fuß vorlegen können. Das Beste wäre wohl, wenn ein solches Konzept gleich schon Handlungsmöglichkeiten für uns FI-lerInnen einschließt, damit wir uns nicht abhängig machen vom Wollen/Nichtwollen der PolitikerInnen. Die Zusammenarbeit mit KollegInnen aus den Gewerkschaften, die ebfls. an dieser Frage arbeiten, gehört wohl auch dazu !

Wer neugierig geworden ist: Die erste Gesprächsrunde hat bereits stattgefunden. Die nächste ist noch nicht festgelegt. Interessenten bitte bei August Dahl melden.
Tel. 06762/7344)

Die Urteilsbegründung der 1. Blockaderevisionsverhandlung liegt in vollem Wortlaut vor. Sie kann für 1,50 DM bestellt werden bei: H. Petry, Hausbayerstr.4, 5449 Pfalzfeld, Tel. 06746/1639.

Landesvorstand der GRUNEN tagte vor Raketengelände

Im Rahmen der "Hunsrücker Aktionstage", die vom 5. bis 11. Oktober stattfanden, hatte der Landesvorstand der rheinland-pfälzischen GRUNEN zu einer öffentlichen Vorstandssitzung vor das Stationierungsgelände der cruise missiles bei Haselbach eingeladen. In Gesprächen mit Vertretern der Hunsrücker Friedensbewegung betonten die Vorstandsmitglieder, daß die GRUNEN auch in Zukunft die Aktivitäten im Hunsrück unterstützen wollen. Dabei könne und wolle die Landtagsfraktion die Rolle des "parlamentarischen Flügels der Friedensbewegung" übernehmen, um deren Forderungen besser Gehör zu verschaffen, erklärte der Landtagsabgeordnete Gernot Rötter.

Einig war man sich in der Ansicht, daß die Einigung der Großmächte über die weltweite Verschrottung der Mittelstreckenraketen ein erster Schritt in die richtige Richtung sei. Ihm müßten jedoch weitere, umfassende Abrüstungsmaßnahmen sowohl im atomaren wie im konventionellen Bereich folgen. Der Abzug der cruise missiles müsse der Beginn der Entmilitarisierung der Militärregion Hunsrück sein. Der Landesvorstand beschloß, im Januar einen Sonderparteitag zu dem Thema "Frieden" im Hunsrück durchzuführen, auf dem in Arbeitsgruppen zu Themen wie Lärmbelästigung durch Tiefflug, kommunale Friedenspolitik, chemische Waffen und Nato-Austritt Perspektiven künftiger Friedenspolitik erarbeitet werden sollen. Falls die Friedensinitiative bis dahin beschlossen hat, ein parteiunabhängiges Projekt "Regionale Konversion Hunsrück" ins Leben zu rufen, soll auf diesem Parteitag auch darüber beraten werden, in welcher Form die GRUNEN dieses Projekt unterstützen.

Axel Weirich



Die Friedensbewegung muß viel größer und stärker werden. Ihre Arbeit kostet Geld, Geld, das sich aber auszahlen wird: In Sicherheit, Frieden und Abrüstung, durch die Beseitigung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen.

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Straße 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-692904

Spendenkonto:
Gerd Greune Sonderkonto Frieden (KA) bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783
Der Rundbrief des Koordinierungsausschusses mit Terminen, Aktionen und Diskussionsbeiträgen kann abonniert werden. Bestelladresse und Konto s.o.

TU WAS FÜR DEN ATOM-TEST-STOP

Eine Briefaktion von Mensch zu Mensch

Weltweit explodiert fast jede Woche eine Atombombe. Den größten Anteil daran haben die USA - über 800 Tests haben sie allein im Bundesstaat Nevada durchgeführt.

Um diesen Wahnsinn zu stoppen, wird der Wille aller gebraucht, aktiv zu werden. Auch von unterirdischen Tests geht eine weltweite nukleare Gefahr aus und sie nähren die Illusion eines gewinnbaren Atomkriegs.

Frauen von der amerikanischen und der dänischen Friedensbewegung haben die Idee einer Briefaktion von Menschen aus Europa an Menschen in Nevada entwickelt.

Erst in diesem Frühjahr erfuhren die Bewohner von Nevada, daß sie die am schnellsten wachsende Krebsrate in den USA haben. Am stärksten sind die Western Shoshone Indianer betroffen, auf deren Land sich das Nevada Testgebiet befindet. Sie kämpfen gegen die Atomtests gemeinsam mit der Friedensbewegung und stärken sie durch ihre Position als die eigentlichen Besitzer und Hüter dieses Landes.

Unsere Briefe sollen die BewohnerInnen Nevadas erreichen und den Protest unterstützen. Hunderte von Briefen können in der lokalen Presse Schlagzeilen auslösen und die öffentliche Meinung beeinflussen. In Deutschland hat das Berliner Friedensmuseum die Kampagne gestartet und viele Leute aus USA haben erfreut geantwortet - auch ein Abgeordneter des US-Kongress. Und eine Zeitung in Las Vegas hat anlässlich der Kampagne zum ersten Mal über das Friedenscamp berichtet, das beim Testgelände unterhalten wird.

Um das Friedensmuseum zu entlasten und die Kampagne auszudehnen, haben wir in Hamburg eine Briefkasten-Aktion geplant: mit einem ersten Sack voller Briefe und Fotograf(in) wollen wir zum Postamt am Stephansplatz gehen und dazu alle einladen, die Lust haben mit ihrem Dabeisein, Phantasie, Transparenten... die Aktion "Briefe nach Nevada" zu unterstützen. Am Vorabend zu Nikolaus, Samstag, den 5. Dezember, um 16 Uhr.

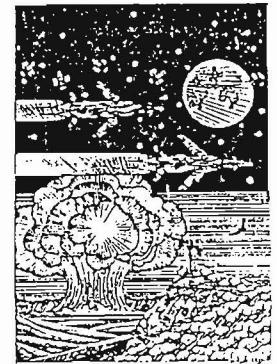
Bis dahin wollen wir den Sack voll haben - also schreibt massenhaft! Und wie funktioniert das? Wir haben Adressen aus den Telefonbüchern Nevadas, die wir an alle verschicken, die uns in einem frankierten Rückumschlag, wissen lassen, daß sie mitmachen wollen. Fragt in eurer Gruppe, eurem Bekanntenkreis, wer noch mitmachen will, sodaß wir in jedem Umschlag gleich mehrere Adressen verschicken können. Inzwischen könnt ihr schon mal anfangen zu schreiben und die Adressen hinterher einsetzen.

Die Briefe sollen möglichst individuell und persönlich sein - handschriftlich und warum nicht auch mit einem Foto? Als Anregung, wie so ein Brief aussehen könnte, haben wir einen Musterbrief entworfen (auf der Rückseite), den jede/r nach Belieben ändern und erweitern kann.

Wer z.B. Kinder hat, die sich über eine Brieffreundschaft freuen würden oder wer seinen nächsten Urlaub in die USA plant (bei sinkendem Dollarkurs nicht mehr so illusorisch), könnte das ja erwähnen.

Die Friedensgruppen und "Downwinders" (Menschen, die in Windrichtung des atomaren Niederschlags leben) planen vom 11. - 20. März 1988 eine Besetzung und Blockade des Testgebiets. Es soll die größte bisher dagewesene Demonstration gegen Atomtests werden, möglichst mit internationaler Beteiligung. Wer also eine US-Reise plant, oder Bekannte hat - wir versenden auch dazu gerne Informationsmaterial.

F.S. Die Briefe, die vor dem 5.12. fertig sind, bitte nicht individuell absenden, da wir sie für die Briefkasten-Aktion brauchen. Schickt sie uns bitte in einem Sammel (Groß)Umschlag - oder bringt sie mit zur Briefkasten-Aktion. Die Fotos, die davon gemacht werden, schicken wir an Zeitungen in Nevada.



Weiter nächste

Vorschlag für einen Brief

Dear friend in Nevada,

although we do not know each other, I thought of writing to you. I got your address from a telephone-book. My name is...I am ... years old. My home is in...I am single / I live with my friend/Husband/wife...and ... children. My profession is.../ I work at...

Although we live in different parts of the world, we have something in common. It surely is the desire to live in peace and to prevent the destruction of our earth and the future of those we love, through a nuclear war. I believe that everybody can do something, to prevent this.

We in Europe appeal to you in Nevada, let us get our minds together and demand a comprehensive test ban treaty. This would be a positive step towards ending the arms race.

In our country many missiles are already placed and more and more weapons are being produced everyday. In your country nuclear tests are going on since 36 years. What is the world like, that we leave to our children, if there already exists the potential power of destroying it several times?

Please urge your elected representatives to end testing. You and all human beings will benefit.

I would be glad to hear from you.

With friendship and greetings from....

Übersetzung: Lieber Freund in ^{Nevada} Amerika. Obwohl wir uns nicht kennen, möchte ich Ihnen schreiben. Ich habe Ihre Adresse aus einem Telefonbuch. Mein Name ist... Ich bin...Jahre alt. Ich lebe in...alleinstehend / zusammen mit meinem Freund/Ehemann...Kindern...(Namen)

Obwohl wir auf verschiedenen Teilen dieser Erde leben, haben wir etwas gemeinsam und das ist sicher der Wunsch in Frieden zu leben und die Zerstörung dieser Erde und die Zukunft derjenigen, die wir lieben, durch einen Atomkrieg zu verhindern. Ich glaube, daß jeder von uns etwas tun kann, um dies zu verhindern. Wir in Europa appellieren an Sie in Nevada, in diesem gemeinsamen Sinne einen Teststop-Vertrag zu fordern. Das wäre ein positiver Schritt gegen das Wettrüsten. In unserem Land sind schon viele Raketen aufgestellt und täglich werden mehr Waffen produziert. In Ihrem Land werden seit 36 Jahren nukleare Waffen getestet. Was für eine Welt hinterlassen wir unseren Kindern, wenn die vorhandenen Waffen sie heute schon mehrfach zerstören können?

Bitte drängen Sie ihre gewählten Abgeordneten, die Tests zu beenden. Das wird Ihnen und allen Menschen nutzen.

Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören. In Freundschaft und mit Grüßen von...

hier abschneiden und an eine von uns einsenden

- ☐ Ich möchte für mich/meine Gruppe/Initiative ... Adressen aus Nevada
- ☐ Ich möchte mich an der Briefkasten-Aktion am Postamt Stephansplatz, am 5.12. beteiligen
- ☐ Ich möchte mehr Informationen über die Atombomben-Tests in Nevada
- ☐ über das Friedenscamp beim Testgebiet
- ☐ über die Western Shoshone Indianer
- ☐ über die Demonstration gegen A-Tests im März 1988

an:

Angelika Birk, Sternstr. 125
2 HH 6 / Tel. 439 8392

Veronique Braunschweig,
Bilserstr. 24d, HH 60, Tel. 518403

Renate Domnick, Hansaplatz 5
HH 1 / Tel. 243480

Absender:

DIE GESCHENKIDEE FÜR 1988 - ein Jahresabo des

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Ich verschenke für 1 Jahr das HUNSRÜCK-FORUM an:

Name, Vorname (Beschenkte/r)

Straße

Wohnort

Name, Vorname (Spender/in)

Straße

Wohnort

Datum

Unterschrift

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Den Betrag von 12,80 DM zahle ich nach Rechnungseingang.

Datum

Unterschrift

Bitte ausschneiden/kopieren und einsenden an:
HUNSRÜCK-FORUM, Postfach 451, 6540 Simmern.

- PRESSEMITTEILUNG -

Nachdem der Redakteur des "HUNSRÜCK-FORUMS", Horst Petry, gegen einen Strafbefehl wegen "öffentlichen Aufforderns zu Straftaten" über 3000,- DM (ersatzweise 60 Tage Gefängnis) Widerspruch eingelegt hat, findet nun die öffentliche Verhandlung in Simmern statt.



Termin: 11. 11. 1987
15.30 UHR

Amtsgericht Simmern, Schulstr. 5

Horst Petry wird vorgeworfen, in der Zeitschrift "HUNSRÜCK-FORUM" Nr. 16/87 über die damals neu gegründete "Volkszählungs-Boykott-Initiative Kastellaun", sowie deren Aktionsvorschläge berichtet zu haben. (Siehe auch unsere Pressemitteilung vom 9. Sept. 1987)

Die Redaktion des "HUNSRÜCK-FORUMS" wertet das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach und des Amtsgerichts Simmern als ungeheuerlichen Angriff auf die Pressefreiheit und appelliert an alle, denen das nicht gleichgültig ist, durch Bekanntmachung dieses Skandals, durch Anwesenheit beim Prozeß und auch durch finanzielle Unterstützung bei der Verteidigung der Pressefreiheit in unserem Lande mitzuhelfen.

Redaktion HUNSRÜCK-FORUM

Dieser Abschnitt wird als "Auf-forderung zur Straftat" ausgelegt!

Erste wichtige Schritte beim Boykott sind nach Auffassung der Initiative, den erhaltenen Fragebogen "Unkenntlich" zu machen (die 7-stellige Erkennungsnummer herauszuschneiden) und zum "Boykottbüro" zu schicken/bringen, um so einen zahlen-mäßigen Überblick der Boykott-Teilnehmer zu haben. Wichtig hierbei sei der ständige Kontakt der Teilnehmer mit der Initiative, besonders in der "Hochzeit" der Volkszählung um den 25. Mai.

Südwestfunk 1. u. 3. Programm Landesschau Rheinland-Pfalz am 24.9. '87

"Es kommt in der Wirkung einer Zensur doch sehr nahe, denn Medien-Organen, die unter dem Damokles-Schwert von Ermittlungsverfahren stehen, würden ja dann von vornherein die Sche-re im eigenen Kopf zur Anwendung bringen und sich entsprechen-de Zurückhaltung auferlegen."

Rolf Groß, Presserechter in Rheinland-Pfalz, zur Vorgehenswei-se der Justiz gegen das HUNSRÜCK-FORUM

Solidaritätskonto: Uwe Dierking, Kreissparkasse Rhein-Hunsrück, BLZ 560 51790
Kto. Nr. 117 511 808 in 6540 Simmern (Kennwort Pressefreiheit)

7. November 1987

Friedens - Informationen

SONDERAUSGABE!

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



PROTOKOLL DER FRIEDENSVERSAMMLUNG IN BELL

VOM SONNTAG, DEM 1. NOV. 1987 IM GASTHAUS KARBACH

HARALD begrüßt die Versammlung, erklärt den geplanten Ablauf, informiert, wo und wann der Verlauf geplant wurde.

AUGUST begrüßt eine Delegation der United Church of Christ, die zur Zeit Gäste eines Saarbrücker Kirchenkreises sind. Die Gäste richten ihre Grußworte an die Versammlung, ebenso der Gastgeber.

BEATE stellt die Tagesordnung vor.

zu 1-3 (Aktionstage im Rückblick, Funktion des Büros, Delegiertentreffen)

MANFRED stellt fest, daß zur Zeit die meisten Impulse von außen kommen.

WOLFGANG erklärt, die Ermüdung, da der Vertrag über die Abrüstung ansteht, findet die Aktionstage richtig, denn solange in Hasselbach gebaut wird, solange sind Aktionen erforderlich.

BARBARA gibt einen Rückblick über die Entstehung der Aktionstage und schildert deren Verlauf aus ihrer Sicht.

JAMES geht in seinem Rückblick bis zur Demo am 11.10.86 und zählt alle Aktivitäten bis jetzt auf, geht auf die Situation von Barbara u. Beate ein, die als ursprüngliche Nicht-Hunsrückerinnen die Organisation des Büros übernommen haben und erteilt beiden ein dickes Lob für ihre Arbeit und ihren Einsatz.

AXEL spendet ebenfalls Lob für Barbara und Beate, findet, daß zu viele Aktionen laufen, während die inhaltliche Diskussion zu kurz kommt, bemängelt die geringe Unterstützung bei der Beobachtung des Pershing-Manövers im Schwarzer Wald.

FRANZ schlägt vor, daß die FI sich auf die vorhandenen Kräfte besinnen sollte.

KLAUS berichtet von enttäuschten Außenstehenden über die mangelnde Unterstützung durch Hunsrücker.

RALF bemängelt die fehlende inhaltliche Auseinandersetzung, stellt fest, daß durch die Regionalisierung (Einrichtung der Stammtische an unterschiedlichen Orten) eine Entfremdung eingetreten ist und beklagt nicht vorhandene Einsatzbereitschaft.

BENNO erklärt, daß jeder nur das einbringen kann, wozu er in der Lage ist, daß die persönliche Entscheidung bestehen bleiben muß, geht auf das Engagement von christlichen Gruppen ein und fragt, ob in den vorhandenen Organisationsstrukturen alle mit einbezogen sind.

AXEL erwähnt das Delegiertentreffen und problematisiert dessen Durchlässigkeit und Unverbindlichkeit, schlägt vor, mehr Verbindlichkeit zu verwirklichen.

KLAUS geht aufs Friedensgebet ein, stellt einen Wandel der Anwesenden bzw. Teilnehmenden fest, daß mehr Leute von außen kommen.

ELISABETH empfindet die Anwesenheit fremder Gruppen positiv und weist darauf hin, daß keine Ursache zur Resignation besteht, daß wir mehr Freude an der Arbeit haben sollen.

AUGUST vergleicht die inhaltlichen Beiträge der Aktionen vom Mai und Oktober durch die Hunsrücker und stellt fest, daß die Mai-Blockade - anders als die Demo vom 11.10. - nicht von Hunsrückern vorbereitet worden war, ebenso wenig die Aktionstage.

Er fragt, ob Aktionen jetzt richtig sind und erwähnt, daß während der letzten 7 bis 8 Monate zu wenig miteinander gesprochen wurde, daß sich zu viel auf das Delegiertentreffen verlassen wurde, daß Vollversammlungen wichtiger sind. Er findet, daß die Stammtischarbeit und die Treffen beim Friedensgebet nicht auseinanderdriften, daß die vielen auswärtigen Gruppen gut begleitet werden und bei denen der Eindruck entsteht, die Friedensarbeit auf dem Hunsrück sei intensiv. Für die nächsten Schritte stellt er als Motiv den Lebenswillen in den Vordergrund und schlägt vor, Wege aus den vorhandenen Herrschaftsstrukturen heraus zu finden. WOLFGANG gibt eine Einschätzung der Aktionstage aus seiner Sicht, er empfand sie als positiv wie andere Aktionen auch, möchte Verdienst der Friedensbewegung nicht schmälern, sondern als ersten Schritt verstehen.

Erwähnt das Verhalten von Gemeinden in der Eifel, wo ein weiterer Housingbau nicht mehr möglich ist und erklärt dieses Verhalten als Beginn eines neuen Denkens, das im Bewußtsein, "Nein" sagen zu können, entstanden ist.

BENNO meint, daß die Eigenverantwortlichkeit geschwunden ist, da stets Leute von außerhalb eingesprungen sind, daß wir jetzt wieder auf uns zurückgeworfen sind, daß die vorhandenen Strukturen nicht veränderbar sind, versteht das Delegiertentreffen als Meinungsaustausch, nicht als Ort verbindlicher Entscheidungen.

BEATE erklärt die Situation des Friedensbüros, in das Informationen mit der Bitte um Weitergabe getragen werden, daß aber eine Rückmeldung über die "Ankunft" der Infos erforderlich ist, findet Vollversammlung notwendig für die inhaltliche Arbeit.

BARBARA erklärt, daß die Beschickung des Delegiertentreffens verbindlich sein muß, daß dort ein Umschlagplatz für Meinungen vorhanden ist, daß inhaltliche Auseinandersetzungen auf Vollversammlungen stattfinden müssen, zeigt in der Diskussion über Perspektiven die Schwierigkeit auf, Gruppen von außerhalb die Möglichkeit von Aktivitäten aufzuzeigen.

JAMES problematisiert die nach seiner Meinung nicht mögliche Rückkoppelung der Delegiertentreffen. Er schlägt für die Zukunft Vollversammlungen vor, will die Informationsstruktur überdenken, findet es wichtig, langfristig zu planen, gründlicher vorzubereiten, möchte Friedensinfo und Hunsrück-Forum mehr unter die Leute bringen.

AXEL fordert regelmäßige Vollversammlungen, möchte die Kompetenzen des Delegiertentreffens stärken und verbindliche Beschlüsse ermöglichen.

MARKUS gibt seine Einschätzung von den Aktionstagen, findet den Picknick-Charakter nicht mehr sinnvoll, arbeitet in Mainz, findet den Hunsrück wichtig für Gruppen von außen und stellt fest, daß Aktionen des zivilen Ungehorsams kaum praktiziert werden und sieht in Blockaden ein wichtiges Lernfeld für zivilen Ungehorsam. Neue Aktivitäten erwartet er von Manöverbegleitungen.

RENATE gibt zu bedenken, daß sie für sich keine Möglichkeit sah, sich auf das Pershing-II-Manöver vorzubereiten.

KLAUS übt Kritik an der nicht funktionierenden Telefonkette

BEATE schlägt vor, Vollversammlungen 1x im Quartal durchzuführen, vor größeren Aktionen die Delegiertentreffen regelmäßiger zu besuchen.

RALF möchte, daß die Präsenz der Stammtische gewährleistet ist.

zu 4 (Rechtshilfefonds)

BARBARA wirft die Frage der Verteilung der Mittel aus dem Solidaritätsfond auf und berichtet, daß bisher zwei Anfragen vorliegen.

WOLFGANG berichtet von den Erfahrungen des Oberlandesgerichts, wo die Simmerner Urteile bestätigt werden. Den Betroffenen entstehen jetzt von 4 Verhandlungen die Gerichtskosten. Ob eine Gruppe weitergeht, möchte er von einer Befragung Prof. Grünwalds abhängig machen. Er schlägt vor, daß Betroffene sich zur finanziellen Unterstützung in erster Linie an ihr eigenes Umfeld wenden sollen und verweist darauf, daß nur Gerichtskosten bezahlt werden können.

GÜNTER erklärt, daß auch andere Fonds (Pax Christi, Versöhnungsbund) bereit sind zu zahlen.

MARKUS informiert, daß in seiner Gruppe auch ein Rechtshilfefond eingerichtet wird und bittet, Blockierer aus Mainz dorthin zu verweisen. Außerdem schlägt er ein Patenschaftsmodell vor.

JAMES bittet, noch kein Geld zu verteilen, sondern die juristische Prüfung abzuwarten.

BEATE schlägt vor, ein Gremium zu bilden, das über die Verteilung des Fonds entscheidet.

HEIDRUN und HELMUT beantragen, jetzt für eine betroffene Person zu sammeln, was auch umgesetzt wird.

AXEL möchte die Mittel aus dem Fond für ein Pilotprojekt aufbewahren, damit eine Gruppe bis zum Bundesverfassungsgericht gehen kann.

DIETER meint, das Geld muß verteilt werden, Öffentlichkeit muß hergestellt werden, damit jeder im Notfall weiß, wohin er sich wenden kann.

HARALD möchte juristisch abklären, ob eine Revision der Urteile möglich ist, ansonsten die Prozeßkosten erstatten.

BENNO meint, die Betroffenen müßten selbst über die Verteilung entscheiden und will kein Gremium einrichten.

WOLFGANG verweist auf die Problematik der Umsetzbarkeit dieser Idee.

BEATE bittet um Meldung, wer die Arbeit übernimmt.

AXEL benennt drei Leute, die sich auch einverstanden erklären: Beate, Wolfgang, Franz-Josef. Heinz muß noch befragt werden.

zu 5 (Finanzlage):

HILDEGARD stellt die finanzielle Situation des Büros vor, erklärt Herkunft der Einnahmen und zählt die Positionen der Ausgaben auf. Eine Kopie der monatlichen Zusammenstellung kann im Büro eingesehen werden.

zu 6 (Informationen):

INES? stellt das Konversionsprojekt vor: eine Forschungsstelle versucht, Forschungsaufträge zu formulieren u. z.B. Friedensforschung auch im innenpolitischen Ansatz aufzugreifen. Ein Projekt-Ansatz existiert in Kaiserslautern.

Eine Arbeitsgruppe soll Interesse formulieren, auf den Hunsrück zuschneiden, Alternativen aufzeigen: was wäre der Hunsrück ohne Militär? Interessenten melden sich bei August bis 20.!! (S. unbedingt unten: Termine!!!Barb.)

AXEL möchte glaubhaft vertreten, daß der Hunsrück ohne Militär vorstellbar ist.

zu 7 (Berichte von den Stammtischen, Perspektiven):

JAMES informiert, daß die Gelder zum weiteren Ausbau der Stationierungsorte in der BRD und den NL gestrichen wurden, daß entsprechende Anfragen laufen.

WOLFGANG erklärt die Vorgehensweise solcher Beschlüsse in den USA, daß die Streichung einen ersten Ansatz bedeutet, aber noch nicht fact sind. Ingenieurbüros haben den Auftrag zu planen, Gemeinderäte wollen Öffentlichkeit herstellen.

BENNO bietet drei Schwerpunkt für die künftige Arbeit an: a) Informationsarbeit, b) militärisch verwaiste Anlagen anders nutzen, c) Arbeitslosen jetzt eine Alternative bieten.

AXEL möchte zuerst ein Konzept erarbeiten, um Argumente zu finden, die Arbeitslosen jetzt eine Perspektive aufzeigen.

KLAUS weist auf die Waffenexporte hin und will todbringende Strukturen überall aufdecken.

HARALD hält verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für notwendig, da die Raketen 3 bis 5 Jahre noch hier bleiben und die Grundstrukturen des Militärs sich nicht ändern, er möchte Konstruktives aufbauen.

WOLFGANG bittet, nicht aufzugeben, da die Raketen noch lange bleiben, zählt weitere Projekte auf, erklärt, daß 3% Abrüstung zu wenig ist und Ziel sein muß, eine atomwaffenfreie Welt zu verwirklichen.

JAMES berichtet über ein geplantes Preisausschreiben: Was soll mit der Militäranlage geschehen, wenn abgerüstet wird? Er hofft, damit die Phantasie anzuregen. Außerdem schlägt er vor, die Zusammenhänge zwischen Rüstung und Armut in der 3. Welt aufzuzeigen und im Büro Artikel (Ware) aus der 3. Welt anzubieten.

HILDEGARD berichtet von den geplanten Aktivitäten des Kirchberger Stammtisches, einmal im Monat mit einem vorbereiteten Programm in Nachbarorte zu gehen..

DIETER sieht eine Aufgabe, vom Hahn Entlassene zu betreuen, findet den Austausch mit amerikanischen Gruppen wichtig und möchte Erfahrungen von Krieg und Tod (eigene Geschichte) aufarbeiten.

HELENE fragt, wie Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden soll.

RENATE schlägt vor, die Mahnwachen fortzusetzen: täglich an der B 327 Richtung B-Battery, freitags in Kirchberg, Simmern und Kastellaun.

HILDEGARD gibt die Problematik der persönlichen Überbelastung zu bedenken.

ANDRE teilt mit, daß sich die amerikanischen Soldaten über die Abrüstung freuen und möchte die amerikanische Öffentlichkeit mit einbeziehen.

CLEMENS schlägt Städtepartnerschaften mit der UdSSR vor und atomwaffenfreie Zonen erneut zu beantragen.

GÜNTER fragt, ob eine weitere inhaltliche Zuspitzung notwendig sein wird, wenn die Cruise Missiles wegfallen, möchte erarbeiten, wie eine Basiserweiterung gezielt möglich ist.

ULI erwägt, ob zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit die Herausgabe einer eigenen Zeitung möglich ist. (HF an jeden Kiosk)

JAMES stellt "machbare" Aktivitäten vor und verteilt die Aufgaben:

Städtepartnerschaften - Clemens

Aktivitäten bei amerikanischen Soldaten - Andre'

Geschenkabo/Info und Hunsrück-Forum - Büro und Horst

Wußten Sie schon, daß... - Benno

Historische Wurzeln - Dieter

Verkauf 3.-Welt-Artikel - Büro

Umwelt-Infos - James

WOLFGANG informiert, daß zur Zeit eine Stabrahmenübung im Bunker Erwin stattfindet, zeitgleich B-52-Bomber in Ramstein stationiert sind, zeitgleich das Pershing-II-Manöver durchgeführt wird. Damit soll die Einsatz-möglichkeit der B 52 für Europa demonstriert werden.

BEATE schließt die Versammlung.

(Für das Protokoll: Hildegard; für die Tippfehler: Barbara)



TERMINE ____ TERMINE ____ TERMINE ____ TERMINE ____ TERMINE ____ TERMINE ____

Dienstag, 10. 11. um 17 Uhr bei August Dahl: Treffen zur Rüstungskonversion

Mittwoch, 11. 11. um 15.30 Uhr Amtsgericht Simmern, Schulstraße, Prozeß gegen Horst Petry

Freitag, 13. 11. um 19.30 Uhr Delgiertentreffen im Friedensbüro
Ab dieser Woche soll täglich wieder die Mahnwache an den drei Kreuzen Ecke B 327- L225 stattfinden, und zwar von 15.30 bis 17.30 Uhr.

ABONNIERT DAS FRIEDENSINFO - HELFT DER FRIEDENSARBEIT

-----schnipp-----schnapp-----ab-----

Drei Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

- ☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben
- ☐ Ich überweise monatlich DM Spende für die Unterstützung der Friedensarbeit.
- ☐ Ich überweise eine einmalige Spende von DM

Absender: Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

-----schnipp-----schnapp-----ab-----

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, Kto 101 35 91, BLZ 560 614 72
Postcheckkonto Ffm, Sonderkonto Hilde Engelmann, Kto 44 1898-603

Telefon des Friedensbüro: 06762-6075 (Beate und Barbara)

SPENDENAUFTRUF DER REDAKTION DES HUNSRÜCK-FORUMS

Nachdem unserem Redakteur Horst Petry ein Strafbefehl über 3000,-DM (ersatzweise 60 Tage Haft) wegen des Berichts über die Volkszählungsinitiative-Kastellaun(HF 16 u. Info Nr.24)ins Haus geschickt wurde und wir dagegen Widerspruch erhoben haben, wird es nunam 11. 11zu einer Gerichtsverhandlung kommen.Da wir den Amtsrichter Göttgen in Simmern nur von der negativen Seite kennen, ist auch durchaus mit weiteren Instanzen zu rechnen. Der bevorstehende gerichtliche K(r)ampf ist zugleich Verteidigung der Meinungs-und Pressefreiheit.
Wir bitten daher alle,denen dies nicht gleichgültig ist,uns zu unterstützen.

Solidaritätskonto: Uwe Dierking, KSK Rhein-Hünserück
BLZ 560 517 90; Kto Nr 117 511 808
in 6540 Simmern.(Kennwort: Pressefreiheit)

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

-Friedensinformationen- V.i.S.d.P.: Axel Weirich, Reinhard Sczech
Horst Petry.